Rechtsstreit

Juristische Kartenspiele um ORF-Gebühren

Der Verwaltungsgerichtshof hat die ORF-Entgeltpflicht in einem Fall aufgehoben. Über die Folgen wird gerätselt.

VON CHRISTOPH SILBER

A uch am Tag danach sorgt der Spruch des Verwaltungsgerichtshofes (VwGH) das ORF-Programmentgelt betreffend für Aufregung – und unterschiedliche Interpretationen.

Im Fall eines TV-Konsumenten

hatte der VwGH festgestellt, dass keine ORF-Programmentgelt-Pflicht besteht, weil dessen digitaler Satelliten-Receiver und Smart-Card aufgrund der Umstellung der Verschlüsselung den ORF nicht mehr empfangen können.

Bisher galt, dass das simple Vorhandensein eines Rundfunkempfangsgerätes schon die Verpflichtung zum Programmentgelt begründet. Der VwGH spricht nun von einer "Austauschbeziehung", was bedeutet: Kein ORF-Empfang – kein ORF-Programmentgelt. Im VwGH weist man aber darauf hin, dass es eine Entscheidung im Einzelfall war, für die bestimmte Voraussetzungen gegeben waren.

Rundfunkgebühren Was die Seher seit Juni '08 zahlen



Die große Freiheit, wo jeder Österreicher selbst bestimmt, ob er den ORF empfangen und dafür bezahlen will, wird jetzt nicht ausbrechen, scheint's. Einfach die grüne ORF-

Smart-Card an die GIS zu schicken und sich so die 15 Euro zu sparen, funktioniert nicht, warnt der ORF. Jedem "Abmelder" könnte erneut der Weg zum Höchstgericht bevorstehen. Zwar räumt man im ORF ein, dass eine Beschwerde mit gleicher Beschwerdebasis zum gleichen Ergebnis führen kann. "In künftigen Verfahren wird aber auch zu beurteilen sein, ob ORF 2 Europe und ORF Sport Plus – beide sind frei über Satellit empfangbar – ausreichend für die Vorschreibung des Programmentgelts sind", meint ORF-Kommunikationschef Pius Strobl.

Höchstgericht Der Tiroler ORF-Gebühren-Rebell Günther Hye sieht hingegen seinen Rechtsstandpunkt bestätigt. Er hat eine SAT-Anlage, kann aber seit der Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens (DVB-T) den ORF nicht mehr sehen. Und zahlt deshalb nicht. Eine geeignete Empfangsanlage will er nicht kaufen. Der Sekretär des SPÖ-Landtagsclubs und Jurist bekämpft den GIS-Bescheid vor dem Verfassungsgerichtshof.

